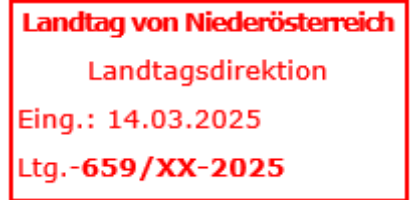


13.03.2025



ANTRAG

der Abgeordneten Linsbauer, Schnabel, Heinreichsberger, Sommer

betreffend Weiterentwicklung, Indexanpassung und Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die Landwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit in unserem Land. Niederösterreich lebt in vielerlei Hinsicht von der Arbeit seiner Bauern. Sie produzieren wertvolle Nahrungsmittel und versorgen damit die Niederösterreicherinnen und Niederösterreich mit hochwertigen und hochqualitativen Lebensmitteln.

Die derzeitigen weltweiten Krisenherde und Kostensteigerungen stellen die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen, so auch die Landwirtschaft. Die hohen Kosten bei Energie, Betriebsmitteln, Baustoffen und Arbeitskräften schlagen sich auch auf die niederösterreichischen Bauern nieder. Auch der stetig steigende Verwaltungsaufwand bereitet den Betrieben immer größere Sorgen. Gerade in diesen schwierigen und herausfordernden Zeiten hat die heimische Land- und Forstwirtschaft für eine Versorgung mit Lebensmitteln, Futtermitteln und erneuerbaren Energie gesorgt.

Deshalb benötigen wir einen umfassenden Prozess der Deregulierung und Kostensenkung. Aufgrund europaweiter Diskussionen Anfang 2024 ist hier Österreich schon in Vorleistung gegangen. Eine Wert- und Inflationsanpassung beim Agrarbudget von + 8 % in der 2. Säule (ÖPUL, AZ, etc.) wurde umgesetzt. Auch wurden bereits Erleichterungen in der laufenden GAP-Periode erreicht – hier benötigt es aber noch weitere Schritte der Entlastung.

Daher ist nun die EU gefordert, rasch auch die Mittel der 1. Säule (Direktzahlungen)

dementsprechend anzupassen und damit die qualitativ hochwertige landwirtschaftliche Produktion in Niederösterreich zu sichern. Zudem ist es notwendig, aus der praktischen Umsetzung und den Erfahrungen der laufenden GAP zu lernen und weitere Anpassung umzusetzen. Praxisnahe Weiterentwicklungen, anstelle ständig neuer Konzepte, führen zu Kontinuität, Wiedererkennung und dadurch letztendlich auch zu Vereinfachungen in der Maßnahmenumsetzung und Abwicklung. Das Ziel muss sein, dass die Erleichterungen auf den Betrieben ankommen und auch spürbar sind.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei Bundesregierung dafür einzusetzen, auf europäischer Ebene alles dafür zu unternehmen, dass die zuständigen EU-Behörden rasch das EU-Agrarbudget der 1. Säule entsprechend erhöhen. Ebenso braucht es eine praxisnahe Weiterentwicklung und Vereinfachung der GAP, um die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern und die Versorgungssicherheit mit heimischen Produkten zu gewährleisten.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag so rechtzeitig dem LANDWIRTSCHAFTSAUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen, sodass eine Behandlung in der Landtagssitzung am 27. März 2025 erfolgen kann.